



Zeitenwenden 1933, 1989 und heute

Angesichts der zahlreichen Herausforderungen (Klimawandel, weltweite Pandemien, Energiewende, Rechtspopulistische Bedrohung, Demografische Herausforderung, Fachkräftemangel) sind sich zunächst fast alle einig, dass es so oder auch so nicht mehr weiter gehen kann.

Dieses nicht selten verzagte, sei es ohnmächtig oder mitunter aggressiv vorgetragene, Endzeitgefühl wird auf Demonstrationen, in Leitartikeln oder in sozialen Netzwerken immer wieder durch Verweise auf die beiden politischen Umbrüche der Jahre 1933 und 1989 untermauert.

Die einen sagen, das sei nun hier wieder alles wie in der DDR, man dürfe nicht sagen, was man denkt, Ausgangsbeschränkungen und Impfzwang seien eindeutige Zeichen dafür, dass wir wieder in einer Diktatur leben würden. Sie gehen montags auf die Straße und meinen, sich die verlorengegangene Freiheit für sich – die sie das Volk sind – zurückerobern zu müssen. Andere wiederum verweisen darauf, wir als Deutsche hätten schon einmal dem Aufstieg einer Partei beigewohnt, die von „gesundem Volkskörper“, von abzuschiebenden „Ballastexistenzen“ und einem Umbau des gesamten Staatsgefüges phantasiert habe. Sie möchten, aus ostdeutscher Perspektive betrachtet, die Errungenschaften von 1989 verteidigen und warnen vor einer demokratisch legitimized Auflösung der Demokratie und des Rechtsstaates.

Nach Bekanntwerden der Recherchen des investigativen Journalistenverbundes Correctiv gingen Anfang des Jahres in vielen ostdeutschen Städten nunmehr nicht nur montags sondern auch samstags oder sonntags zahlreiche Menschen auf die Straßen und Marktplätze. Während manche Montagsprotestler weiterhin einen Systemwechsel wie '89 herbeisehnen, brachten an anderen Tagen zahlreiche Bürger derselben Städte ihre Sorgen vor einem neuen 1933 zum Ausdruck. Montags wurde skandiert „Wir sind das Volk“ und anderen Tagen wurden auf dem gleichen Platz in der gleichen Stadt Schilder mit der Aufschrift „Nie Wieder‘ ist Jetzt“ hochgehalten. Diese Gleichzeitigkeit bzw. das Nebeneinander zweier völlig unterschiedlicher, sich jeweils auf das Große Ganze beziehender Protestbewegungen ist zunächst bezeichnend für die vielfach diagnostizierte Spaltung der Gesellschaft.

In diesen beiden Protestbewegungen steckt jedoch noch viel mehr, was sich aus unserer Sicht zu untersuchen lohnt. Wir möchten dabei den Fokus bewusst auf die historischen Querverweise legen: also 1989 und 1933. Zugleich wollen wir nach dem historischen und symbolischen Gehalt dieser jeweils selbst gewählten zeitlichen Verknüpfungen fragen:

Was bezwecken die Demonstrationsteilnehmer mit diesen historischen Querverweisen? Wen möchten Sie damit wachrütteln? Wen gar an den Pranger stellen? Sind sie sich der Tragweite dieser Vergleiche bewusst? Sind solche Vergleiche überhaupt hilfreich oder einfach nur populistisch? Warum will man glauben machen, ohne eine historische und



wissenschaftliche Argumentation und redliche Beweisführung, wir lebten wieder in einer Diktatur bzw. in einer Elitenherrschaft, in der die Meinung des Volkes nichts zähle? Wo sind denn genau etwaige Ähnlichkeiten, wo Unterschiede zu der real nicht mehr existierenden DDR? Worin unterscheidet sich das Lebensgefühl der Um- und Aufbrüche 1989/90 zu den heutigen... Warum überhaupt wird eine Befreiung aus der DDR-Diktatur durch das Volk heutzutage direkt in einen geradezu absurden Vergleich gesetzt, als gäbe es gar keine gewählten demokratischen Parteien und, viel wichtiger, eine funktionierende Opposition?

Bezogen auf 1933 ließe sich fragen, ob jetzt tatsächlich der Augenblick gekommen ist, an dem wir das in der Schule gelernte Wissen zum Aufstieg der NSDAP wieder hervorholen sollten? Wenn ja – was wären denn dann überhaupt die Lehren von 1933? Ist es historisch falsch, AfD-Anhänger als (Neo)Nazis zu bezeichnen? Führt der Vergleich nur zu einer Verhärtung der gesellschaftlichen Spaltung? Ist er gar am Ende nur die von der AfD selbst ins Spiel gebrachte gefährlich naive Vorstellung, wenn eine bestimmte Bevölkerungsgruppe entfernt werden würde, dann wäre alles im Lot? Also ohne Migranten keine Kriege, kein Haushaltsloch, keine überfüllten Schulen und keine Krisen von Außen mehr?

Wo gilt es hinzuschauen, welche Folgen bestimmte Menschenbilder haben, welche Folgen es hat, Ängste zu schüren in einer Zeit, die bereits genug Fragiles und Beängstigendes mit sich bringt?

Was genau wurde im kollektiven Gedächtnis der Deutschen Gesellschaft aufgestört, als das Geheimgespräch 2023 in Potsdam aufgedeckt wurde? Mit was ist am Ende zu rechnen, wenn nämlich eine Demokratie nicht mehr aktiv von der Zivilgesellschaft gestaltet und geschützt wird, sondern alle meinen, „die Richtigen“ da oben würden es schon richten können?

Um es noch noch weiter zuzuspitzen, denn hier besteht aus unserer Sicht erheblich Aufklärungsbedarf: Eine Demokratie zeigt sich darin, dass die vormals „Richtigen“ beim nächsten Mal einfach ersetzt werden können. Hat man sich aber für die falschen „Richtigen“ entschieden, dann wird man sie schlimmstenfalls nicht mehr los und kann dann seine Meinung tatsächlich nicht mehr gefahrlos äußern. Und wenn eine Partei schon ankündigt, gewisse Bevölkerungsgruppen entfernen zu wollen, wer garantiert denn dann, dass man nicht irgendwann selbst zu einer zu entfernenden Bevölkerungsgruppe gehört? Dann hat man mit demokratischen Mitteln die Demokratie abgeschafft. Und wenn andere dann diese „Undemokratie“ wieder niedergekämpft haben, dann sind es ausgerechnet jene, die zu diesem Zustand beigetragen haben, die dann sagen, sie hätten nichts gewusst.

Hannes Glause